

Beschluss des SPD-Präsidiums vom 12.08.2024

Wir organisieren Sicherheit für Deutschland und Europa

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende und hat die europäische Sicherheitsordnung erschüttert. Seit dem 24. Februar 2022 wissen wir: Der Überfall eines Staates auf einen anderen in Europa ist wieder möglich. Russland führt seit über zwei Jahren einen erbarmungslosen Krieg gegen seinen Nachbarn. Angesichts dieser Bedrohungslage hat die SPD-geführte Bundesregierung – ebenso wie viele unserer europäischen Partner – in den letzten beiden Jahren wichtige Weichenstellungen getroffen, um Frieden, Sicherheit und unsere Freiheit in Europa zu schützen. Dieser Weg muss fortgeführt werden.

Ein gerechter Frieden in der Ukraine muss dabei ebenso unser Ziel sein wie die Rückkehr zu einer wirksamen Rüstungskontrolle in Europa und der Aufbau einer neuen regelbasierten Friedensordnung, an die sich die Länder unseres Kontinents gebunden fühlen. Grundlage für Frieden, für Rüstungskontrolle und eine solche Friedensordnung ist die Zurückweisung der völkerrechtswidrigen russischen Aggression, die Wiedererlangung unserer Fähigkeit zur Verteidigung unseres Landes und unsere enge Einbindung in das nordatlantische Bündnis.

Als SPD übernehmen wir Verantwortung dafür, dass kein Kind, das heute in Deutschland geboren wird, wieder Krieg erleben muss. Die Vereinbarung der SPD-geführten Bundesregierung mit der US-Administration, ab 2026 US-amerikanische Raketen mit größerer Reichweite in Deutschland zu stationieren, ist dafür ein wichtiger Baustein. Dieser Schritt ist eine Reaktion auf den eklatanten Völkerrechtsbruch Russlands in der Ukraine und trägt der Bedrohung Europas durch die massive russische Aufrüstung der vergangenen Jahre gerade im Bereich der Raketen mittlerer Reichweite Rechnung. Er stärkt die europäische Sicherheitsarchitektur zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Europa. Dafür ist die Einbindung in einen bündnispolitischen Gestaltungsrahmen essentiell. Die von der NATO zuletzt beim Washingtoner Gipfel im Juli 2024 ausdrücklich betonte Offenheit für Initiativen im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung bleiben für uns zentral, um kollektive Sicherheit und internationale Stabilität nachhaltig und langfristig zu erreichen.

Schon heute sind Sicherheit und Frieden in Deutschland und Europa konkret bedroht, etwa durch hybride Angriffe aus Russland oder russische Drohungen gegen unsere unmittelbare Nachbarschaft, insbesondere gegenüber unseren Partnern in Ost- und Mitteleuropa. So sehr wir uns Frieden wünschen und auf gerechte Friedensperspektiven hinarbeiten, so werden wir auch in den kommenden Jahren Sicherheit vor Russland organisieren müssen.

Seitdem Russland seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine begann, hat es tausende Drohnen, Raketen und Marschflugkörper auf die Ukraine geschossen. Die Angriffe richten sich dabei oftmals gegen zivile Einrichtungen: Krankenhäuser, die Energieversorgung, Einkaufszentren, Schulen oder Kindergärten. Zum Einsatz kommen dabei auch Kurz- und Mittelstreckenraketen, in die Russland in den letzten Jahren umfassend investiert hat. Der Krieg in der Ukraine zeigt, dass Russland nicht nur in den Aufbau neuer Kapazitäten investiert hat, sondern diese auch im Angriffskrieg gegen ein europäisches Land einsetzt. Darüber hinaus hat Russland in den vergangenen Jahren die Modernisierung seines Nuklearwaffenarsenals beschleunigt und nuklear bestückbare Raketen in Position gebracht, die nicht nur aus Kaliningrad, sondern weit aus dem rückwärtigen Raum Russlands bis nach Westeuropa reichen. Der Aufbau dieser nuklearen Kapazitäten mittlerer Reichweite durch Russland war eine eklatante Verletzung des INF-Vertrags. Unter dem INF-Vertrag hatten sich die Vertragsparteien dazu verpflichtet, auf diese Waffenkategorie zu verzichten.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine systematische Aushöhlung und Aufkündigung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträgen bedeuten auch einen massiven Angriff auf die bisherige europäische Sicherheitsarchitektur. Deutschland übernimmt in enger Absprache mit seinen Partnern eine Führungsrolle, um Sicherheit, Frieden und Freiheit in Europa zu schützen. Wir stärken die Bundeswehr und den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO. Ein wichtiger Baustein dabei ist der Aufbau einer wirksamen Luftverteidigung in Europa mit der European Sky Shield Initiative von Bundeskanzler Olaf Scholz, der sich mittlerweile 21 Staaten in Europa angeschlossen haben.

Die wirksame Stärkung der Luftverteidigung in Europa ist ebenso wie die Entwicklung eigener, abstandsfähiger Präzisionswaffen bereits ausdrücklich in der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2023 angelegt. Die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland dient somit den Zielen, die die Bundesregierung bereits im vergangenen Jahr definiert hat. Diese Stationierung ist keine konfrontative Aufrüstung, sondern eine Stärkung der Verteidigung unseres Landes und der Bündnisfähigkeit von NATO und EU mit Waffensystemen, über die Russland seit Jahren verfügt. Gleichzeitig wird schon länger die eigene Entwicklung europäischer Fähigkeiten mit unseren europäischen Partnern vorangetrieben. Die geplanten Waffen werden mit konventionellen Sprengköpfen ausgestattet und in bestehenden US-Militäreinrichtungen im Westen Deutschlands stationiert. Eine nukleare Bewaffnung der Systeme ist nicht vorgesehen. Die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Zwei-plus-Vier-Vertrags werden eingehalten.

Europa braucht eine glaubwürdige Abschreckung, gerade um eine Ausweitung der kriegerischen Aktivitäten zu verhindern und letztlich auch, um die Ukraine darin zu unterstützen, Russland perspektivisch zu Verhandlungen über einen für die Ukraine gerechten Frieden zu bewegen. Verhandlungen muss Europa aus einer Position der Stärke führen. Daher ist es wichtig, dass wir die Investitionen in unsere umfassende Sicherheit hochfahren und auf die Bedrohung durch Russland reagieren.

Die SPD wird sich auch in Zukunft intensiv dafür einsetzen, dass es neue Ansätze für glaubwürdige Rüstungskontrolle und Abrüstungsinitiativen gibt. Hierzu braucht es zum richtigen Zeitpunkt Dialogangebote. Diese sollten neben Nuklearwaffen auch Vereinbarungen über konventionelle Waffensysteme und Regelungen zu bisher nicht erfassten Waffensystemen wie Drohnen enthalten. Voraussetzung dafür ist die Perspektive auf eine nachhaltige europäische Friedensordnung und einen gerechten Frieden in der Ukraine. Russland zeigt allerdings aktuell keine Bereitschaft, hier eine konstruktive Rolle zu spielen. Trotzdem werden wir neben dem Aufbau unserer militärischen Stärke auch weiterhin den Weg der Diplomatie konsequent vorantreiben. Dazu gehört, die laufenden Friedensgespräche weiterhin zu unterstützen und voranzubringen, den Dialog mit Ländern des Globalen Südens zu intensivieren, strategische Partnerschaften auszubauen und die Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung. Militärische Stärke und Diplomatie sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten keine Gegensätze, sie bedingen einander.

Uns ist bewusst: Die Veränderungen der europäischen Sicherheitsarchitektur sind so umfassend, wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Unsicherheit und Sorgen vor einer militärischen Eskalation auf unserem Kontinent sind in der Bevölkerung präsent. Das erfordert eine gesellschaftliche Debatte über die Bedrohungslage und die notwendigen Schritte für unsere Sicherheit, zum Erhalt unserer Freiheit und zur Sicherung von Frieden in Europa. Diese Debatte muss offen geführt werden. Sie sollte nicht von Konfrontation geprägt sein, sondern Raum für unterschiedliche Perspektiven und Argumente lassen. Als SPD werden wir in den kommenden Wochen und Monaten weiterhin Raum für den Dialog mit unseren Mitgliedern aber auch mit Bürgerinnen und Bürgern schaffen. Auch der Deutsche Bundestag wird sich nach der parlamentarischen Sommerpause umfassend mit den aktuellen Entwicklungen rund um die geplante Stationierung der US-Raketen in Deutschland befassen.